

### **Interpellation Nr. 132 (Oktober 2023)**

23.5521.01

betreffend Beschwerde des Kantons Basel-Stadt sowie der Einwohnergemeinde der Stadt Basel gegen die Verkehrsordnung der Kantonspolizei Basel-Landschaft in der Rheinstrasse zwischen Augst und Pratteln

Seit dem 9. Dezember 2022 ist die Rheinstrasse zwischen Augst und Pratteln für den motorisierten Individualverkehr geschlossen. Die Erschliessung der wichtigen Gewerbegebiete in diesem Areal soll seither über die neue Rauricastrasse erfolgen. Gegen diese Schliessung hat sich ein Petitionskomitee bestehend aus lokalen KMU gewährt und eine Petition mit über 8'000 Unterschriften eingereicht. Das breit abgestützte Anliegen war wohl begründet. Aufgrund der fehlenden Erschliessung litten die im Gebiet ansässigen KMU unter teils massiven Umsatzeinbussen.

In der Folge hat der Baselbieter Landrat am 22. Juni 2023 entschieden, die Rheinstrasse im besagten Abschnitt umgehend wieder zu öffnen, bis die Feinerschliessung (Lohagstrasse und Netzbodenstrasse) fertiggebaut ist. Gleichzeitig sei die Rauricastrasse zu sperren.

Mit Verkehrsordnung der Sicherheitsdirektion Basel-Landschaft (WB-BL80-0000000058) vom 6. Juli 2023 hat die Regierung diesen Auftrag umsetzen und das Fahrverbot aufheben wollen.

Gegen diese Verkehrsordnung hat gemäss publiziertem Urteil des Kantonsgericht Basel-Landschaft vom 23. August sowohl der Kanton Basel-Stadt sowie die Einwohnergemeinde der Stadt Basel je eine Beschwerde erhoben.

Vor diesem Hintergrund möchte ich dem Regierungsrat die folgenden Fragen stellen:

1. Warum führt der Kanton einerseits und die Einwohnergemeinde andererseits gegen eine Verkehrsordnung hinsichtlich einer Strasse zwischen Augst und Pratteln, die sich komplett auf Baselbieter Boden befindet, Beschwerde?
2. Mit welchen Argumenten begründeten der Kanton bzw. die Einwohnergemeinde ihre Beschwerden?
3. Wurde der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft über die Beschwerdeeinreichung im Vorfeld informiert?
4. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass es mehr Sinn macht, mit der Regierung unseres Nachbarkantons Lösungen im Dialog zu finden als mit Beschwerden, Anordnungen oder Verfügungen anzugreifen?

Daniel Seiler